

## Hitzige Diskussion über Klima

Parteivertreter legen ihre Ziele für die zukünftige Ausrichtung der Energiepolitik dar



Podiumsdiskussion über die Zukunft der Energiepolitik im Adler in Meidelstetten (von links): Beate Müller-Gemmeke (Grüne), Carl-Gustav Kalbfell (FDP), Moderatorin Pia Fruth, Klaus Käppeler (SPD) und Stefan Straub (Die Linke).

Foto: Simon Wagner

Am Sonntagabend diskutierten Vertreter der großen Parteien

SIMON WAGNER

Meidelstetten mit Ausnahme der CDU in der Meidelstetter Kulturkneipe Adler lebhaft auf dem Podium über die zukünftige Ausrichtung der Energiepolitik.

Sehr zum Bedauern der Organisatoren konnte sich bei der CDU trotz mehrmaligen Bittens niemand finden, der sich der Diskussionsrunde stellte. Der angegebene Grund: Termenschwierigkeiten. Zwar blieb ein Platz auf dem Podium damit unbesetzt, doch in dem mit rund 50 Zuhörern sonst gut besuchten Adler entwickelte sich unter der souveränen Moderation von Pia Fruth schnell eine lebhaft und sachliche Diskussion.

Maßgeblich dazu beigetragen hat Carl-Gustav Kalbfell, Pressereferent des FDP-Kreisverbandes Reutlingen. Die aus seiner Sicht unzureichende, flächendeckende Versorgung mit regenerativen Energien würde besonders die Industrie in Ballungsräumen vor Probleme stellen. Vor diesem Hintergrund hält der 30-Jährige die Zeit gekommen sich über den Bau neuer und sicherer Atomkraftwerke Gedanken zu machen, um die Versorgung mit billigem Strom sicherzustellen. Eine Position, die sowohl bei den Mitdiskutanten, als auch bei den Zuhörern heftige Reaktionen auslöste. Eine Zwischenfrage aus dem Publikum, wie denn die Endlagerung der Brennstäbe geregelt werden sollte, konnte der FDP-Repräsentant angesichts der vielen Wortmeldungen nur halbherzig beantworten.

Stefan Straub, Mitglied im Landesvorstand der Partei Die Linke, nannte die Haltung seines Podiumskollegen denn auch "abenteuerlich" und die, für die Grünen im Landes- und im Kreisvorstand sitzende, Beate Müller-Gemmeke hält Zweifel an der Energiesicherheit für "Quatsch". Sie verwies auf den Anteil von 14 Prozent, der bereits heute aus regenerativen Energiequellen gewonnen wird: "Gerade der beschlossene Ausstieg aus der Atomkraft verursachte einen Schub bei der Erschließung regenerativer Energiequellen." Schon die Diskussion über einen "Ausstieg vom Ausstieg" würde ein völlig falsches Signal setzen, die Aufbruchstimmung verpuffen lassen und den weiteren Ausbau alternativer Energien behindern. Auch der ehemalige Landtagsabgeordnete und heutige Schulleiter Klaus Käppeler von der SPD hält nichts von der Rückkehr zu alten Denkmodellen: Man müsse zwar darauf achten, dass die Wirtschaft weiter läuft, aber an der grundsätzlichen Abkehr von der Atomkraft will auch er nicht rütteln.

Die Diskussion über eine verlängerte Laufzeit einzelner Reaktoren falle da nicht ins Gewicht. Vielmehr plädierte er dafür, private Initiativen nach dem Vorbild des "1000-Dächer Programms" weiter staatlich zu fördern. Die Erfolge, des von Hermann Scheer initiierten Solarprogramms beweise dessen Wirksamkeit. In der Frage, inwieweit der

Staat regulierend eingreifen müsse, steuerte der Repräsentant der Partei Die Linke, Stefan Straub, konkrete Vorschläge bei: Neben der Subventionierung von sparsameren Haushaltsgeräten und einem generellen Tempolimit auf Autobahnen forderte er eine zentrale Regulierung des Strommarktes, denn "Energie ist ein öffentliches Gut, das sich nicht dazu eignet privatwirtschaftlich vermarktet zu werden." Beate Müller-Gemmeke und Carl-Gustav Kalbfell dagegen setzen bei der Lösung der drängendsten Probleme, in seltener Einigkeit, auf die privaten Verbraucher.

Am Atomausstieg festhaltend, appellierte die Grünen-Vertreterin an jeden einzelnen Verbraucher im Privaten Energie einzusparen, wohin- gegen ihr Diskussionspartner von der FDP ganz auf Eigenverantwortlichkeit setzt und dem Konsumenten rät, den Atomausstieg selbst zu organisieren, indem er den Stromanbieter wechselt.

Eine Haltung, mit der Klaus Käppeler von der SPD wohl nur bedingt leben kann, sieht er doch die Verantwortung für geeignete Rahmenbedingungen bei den politischen Mandatsträgern.

So kommentierte er die Haltung seines jungen Podiumskollegen denn auch süffisant und kopfschüttelnd: "Es gibt viel zu tun, warten wir es ab."